

				
Energie 	<p>„Bis spätestens 2050 wollen wir unser Bundesland im Strom- und Wärmebereich zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien versorgen.“</p> <p>„Bei allen Formen der dezentralen Energieerzeugungen unterstützen wir die Gründungen von Bürgerbeteiligungsgesellschaften oder Genossenschaften. Wir werden Beteiligungsformen für Bürgerinnen und Bürger so ausgestalten, dass sich diese bereits mit geringen Beträgen aktiv an der Energiewende beteiligen können.“</p> <p>„42 Prozent der Fläche Hessens ist Wald. [...] Wir werden bei der Verpachtung von Windvorrangflächen im HessenForst, die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass regionale Akteure wie Kommunen, Stadtwerken, Energiegenossenschaften bessere Chancen erhalten, Windparks zu betreiben.“</p>	<p>„In allen hessischen Städten und Gemeinden, in denen Windkraftanlagen betrieben werden oder geplant sind, wächst der Widerstand der Bürger. Die Beteiligung der Menschen vor Ort muss deshalb wirksam sichergestellt werden. [...] Zum Schutz der Anwohner fordern wir deutlich größere Abstände, die mindestens der zehnfachen Höhe der Windkraftanlagen entsprechen (10H).“</p>	<p>„Genossenschaftliche Betriebe im Bereich der erneuerbaren Energien wollen wir fördern und unterstützen. Die Wertschöpfung aus der Windenergie muss den Kommunen und Menschen vor Ort zugutekommen, sie müssen an den Einnahmen aus Windparks beteiligt werden.“</p> <p>„In Hessen haben sich in einigen Kommunen Energiedörfer und Energiegenossenschaften gebildet, in denen Bürger gemeinsam für eine dezentrale Versorgung mit erneuerbarer Energie aktiv werden. Diese Initiativen gilt es zu unterstützen und zu fördern, um weitere solche Projekte in ganz Hessen anzuregen.“</p>	<p>„Für die Rückkehr zur Marktwirtschaft müssen das EEG sowie die Gesetze und Verordnungen im Wärmebereich, z. B. EnEV (Energieeinsparverordnung) und EEWärmeG (Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz), abgeschafft werden. Sinnvolle Investitionen werden auch ohne Vorschriften getätigt.“</p> <p>„Solange das EEG noch besteht,</p> <ul style="list-style-type: none"> • soll der Abstand der Windenergieanlagen zur Wohnbebauung mindestens das 10-fache der Gesamthöhe betragen (10-H-Regel). • sollen keine Windenergieanlagen in Wäldern, Naturparks und Naturschutzgebieten genehmigt werden. • sollen keine Genehmigungen von Windenergieanlagen gegen den Mehrheitswillen der betroffenen Bürger vorgenommen werden. • darf es keine Genehmigungen von Windenergieanlagen in Wäldern nach § 35 BauGB (Baugesetzbuch, privilegierte Bauvorhaben) geben.“
Landwirtschaft 	<p>„Wir wollen deshalb den ökologischen Landbau in Hessen auch in Zukunft in Forschung, in Lehre, Beratung und Versuchswesen, im Aufbau effizienter Betriebs- und Vermarktungsstrukturen sowie im Marketing besonders fördern. Durch den Einkauf ökologischer Produkte durch öffentliche Institutionen und Förderung der Umstellung wollen wir den Anteil erhöhen.“</p>	<p>„Dazu wollen wir die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht und Fusionskontrolle stärken, durch eine Reform des Genossenschaftsrechts die starren Lieferbeziehungen zwischen Genossenschaften und Erzeugern modernisieren und die innergenossenschaftliche Demokratie festigen.“</p> <p>„Die ökologische Landwirtschaft findet einen Markt, wenn der Verbraucher von der Qualität der Produkte überzeugt ist. Wir Freie Demokraten wollen wieder Fairness zwischen konventioneller und ökologischer Landwirtschaft schaffen und die einseitige Bevorzugung eines kleinen Teils der Landwirtschaft beenden.“</p>	<ul style="list-style-type: none"> • „öffentliche Agrarsubventionen an konkrete Gegenleistungen binden und komplett transparent machen. Fördermittel müssen künftig nicht nur an ökologische sondern auch an soziale Kriterien gebunden werden; • den Ökolandbau in Hessen besser fördern und ausweiten sowie den Energieverbrauch und den Treibhausgasausstoß der Landwirtschaft reduzieren; • den Einsatz von Glyphosat und anderen Totalherbiziden verbieten; • die soziale Situation der Landwirte schützen, z.B. durch eine Verbesserung der Alterssicherung der Landwirtinnen und Landwirte und mittelfristig deren Einbindung in die gesetzliche Krankenversicherung. Das bäuerliche Eigentum soll gegen die Interessen der großen Agrarkonzerne geschützt werden;“ 	<p>„Die AfD steht klar zur Förderung von landwirtschaftlichen Familienbetrieben und Genossenschaften als Produzenten von hochwertigen Nahrungsmitteln. Traditionelle Landwirtschaft stellt ein wichtiges Element zur Erhaltung der dörflichen Kultur und Landschaftspflege dar.“</p>

<p>Ländlicher Raum</p> 	<p>„Wir stellen für alle ländlichen Räume und zu allen politischen Handlungsfeldern, die mit der Raumentwicklung zu tun haben, Ziele und konkrete Maßnahmen auf. Diese bilden den Rahmen, um daraus wiederum die für die ländliche Regionalentwicklung wichtigen Infrastruktur- und Investitionsprogramme zu entwickeln.“</p> <p>„Wichtig für die Lebensqualität im Ländlichen Raum ist besonders die flächendeckende Versorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs. Hierzu werden wir gezielt Projekte zur Sicherstellung der Nahversorgung, z. B. durch Dorfläden und mobiler Einkaufsgelegenheiten, fördern.“</p>	<p>„Um zukünftig die Versorgung der Bürger, insbesondere im ländlichen Raum, sicherzustellen, fordern wir die Gründung von Gesundheits-Versorgungs-Zentren (GVZ). Eine Aufgabe dieser neuen GVZ ist der Aufbau eines regionalen Zentrums für die primäre und sekundäre Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in einem definierten Einzugsgebiet. Das soll im Einvernehmen mit der Kassenärztlichen Vereinigung geschehen. [...] Diese Organisationsform schafft die Voraussetzung für den Aufbau größerer gesundheitsversorgender Strukturen. Das Ärztezentrum innerhalb des GVZ ist eine wirtschaftlich autonom agierende Einheit. Für die Versorgung der Bevölkerung in entlegenen Gebieten können Außenstellen etabliert werden.“</p>	<p>„Wir wollen die Gründung und Arbeit von Genossenschaften fördern und den Einfluss der öffentlichen Hand im Wirtschaftsleben verstärken. Deshalb setzen wir uns für eine Änderung der Hessischen Gemeindeordnung ein, damit Kommunen - wie in allen anderen Bundesländern auch - wieder das volle Recht erhalten, sich wirtschaftlich zu betätigen.“</p> <p>„Wir wollen kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) und Genossenschaften, gerade bei Ansiedlungen in ländlichen Regionen, fördern und stärken. Aufträge der öffentlichen Hand wollen wir nach einem Vergabegesetz erteilen, das die Aufteilung der Aufträge in Teillote vorschreibt, die KMU leisten können.“</p> <p>„DIE LINKE will regionale Wirtschaftskreisläufe und die lokale Wirtschaft stärken. Dazu wollen wir die dezentrale Versorgung gerade außerhalb der Ballungsräume erhalten und ausbauen. Örtliche und regionale Produktions- und Konsumgenossenschaften sowie Initiativen, um die Nahversorgung mit Lebensmitteln aufrechtzuerhalten, sollen vom Land unterstützt werden.“</p>	
<p>Wohnen/Bauen</p> 	<p>„Wir fördern Wohnen in genossenschaftlich organisierten Formen. Hier sind Bewohnerinnen und Bewohner durch ihre Anteile Eigentümer der Genossenschaft und genießen dadurch tendenziell mehr Mitbestimmungsrechte.“</p>	<p>„Wir werden neue Wohnformen im Alter unterstützen und fördern. Ob es sich um private Wohngruppen oder Verantwortungsgemeinschaften handelt, um das Modell des Mehrgenerationenwohnens oder um genossenschaftlich organisierte Wohnformen, alles, was dazu dient, der älteren Generation so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben zu erhalten, möchten wir unterstützen.“</p>	<p>„In erster Linie Kommunen, aber auch Genossenschaften und Mietergemeinschaften wollen wir den Rückkauf von Wohnungen ermöglichen und durch die öffentliche Hand fördern.“</p> <p>„Bei der Neuvergabe öffentlicher Grundstücke und solcher [...] werden diese nur den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften und gemeinnützig agierenden Genossenschaften zum Sonderpreis und im Erbbaurecht zur Nutzung überlassen.“</p>	<p>„Bei der Bildung von Wohnungseigentum ist das Erbbaurecht, insbesondere für junge Familien, aus Sicht der AfD eine sinnvolle Möglichkeit. Auch kann genossenschaftliches Bauen für die Schaffung von Wohnungseigentum für breite Schichten der Bevölkerung eine vernünftige Alternative sein.“</p>
<p>Finanzen</p> 	<p>„Eine starke Wirtschaft, vor allem die mittelständische, braucht hinter sich ein Bankensystem, das sich als Dienstleister der Realwirtschaft versteht. Wir stehen für das Drei-Säulen-Modell in der Bankenlandschaft, das private Geschäftsbanken, den Genossenschaftssektor und das öffentlich-rechtliche Kreditwesen wie die Sparkassen nebeneinander enthält.“</p>	<p>„Wir setzen uns für die uneingeschränkte Nutzung von Bargeld als Zahlungsmittel ein. Bargeld ist ein Teil unserer Freiheit. Es ermöglicht uns zum Beispiel, ohne staatliche Kontrolle und Überwachung Geld aufzubewahren oder Geschäfte ohne Bankgebühren abzuschließen.“</p>		<p>„Ein Beispiel für ausufernde Regulierung betrifft einen für Hessen wichtigen Wirtschaftszweig: die Bankenbranche. Sie gehört zu den am stärksten regulierten Branchen überhaupt. Obwohl die Ergebnisse der vielen einzuhaltenden Regeln nicht zufriedenstellend sind, verursacht das von Europäischer Zentralbank, Bundesbank, deutscher und europäischer Bankenaufsicht erzeugte Regulierungswirrwarr bei den hier ansässigen Banken hohe fortlaufende Kosten. Eine unerwünschte Folge der als „Verbraucherschutz“ gedachten umfangreichen – auch den meisten Bankmitarbeitern unverständlichen – kleingedruckten „Bedingungen“ bei Konteneröffnungen oder Wertpapierkäufen ist die geringe Bereitschaft und Fähigkeit der Deutschen, effiziente Altersvorsorge zu treffen. Neben der Überprüfung der Regulierungsvorschriften will sich die AfD Hessen dafür einsetzen, dass die Bankenaufsicht bei einer Behörde zentralisiert wird und die Banken nur einen Ansprechpartner haben.“</p>